

Bittere Niederlage für die Regierung Piñera

DIE KOMMUNALWAHLEN VOM 28. OKTOBER 2012 IN CHILE

Nach fast drei Jahren im Amt stellten die Kommunalwahlen vom 28. Oktober einen ersten großen Test für die Regierung von Sebastián Piñera dar. Sie endeten für das Mitte-Rechts-Bündnis der Coalición por el Cambio mit einem schweren Rückschlag.

Fortan stellt das Bündnis nur noch 121 Bürgermeister, 23 weniger als bei den Wahlen des Jahres 2008. Gleichzeitig konnte die Mitte-Links-Koalition der Concertación de Partidos por la Democracia die Zahl ihrer Bürgermeister von 147 auf 168 erhöhen. Darüber hinaus büßte das Regierungsbündnis drei Prozent an Stimmen bei den Wahlen zu den Gemeinderäten ein. Besorgniserregend die geringe Wahlbeteiligung von lediglich 40,9 Prozent, die niedrigste in Chile seit der Rückkehr zur Demokratie.

Kommunalwahlen finden in Chile alle vier Jahre statt. Dabei kommt unterschiedliches Wahlrecht zur Anwendung. Während für die Bürgermeisterwahlen das Mehrheitswahlrecht gilt, werden die Gemeinderäte nach einem Verhältniswahlrecht bestimmt. Die Räte selbst bestehen je nach Größe der Gemeinde aus sechs bis zehn Mitgliedern. Für das Amt des Bürgermeisters bewarben sich bei diesen Wahlen 1.159 Kandidaten (die Zahl der Kommunen in Chile beläuft sich auf 345), während bei den Gemeinderatswahlen 9.898 Kandidaten antraten. 25 Prozent aller Kandidaten waren Frauen.

Auswirkungen der Wahlrechtsreform

Den Kommunalwahlen vorausgegangen war eine tiefgreifende Änderung des Wahlrechts. Während bei früheren Wahlen jeder volljäh-

rige Bürger nach Eintragung in das Wahlerregister wahlberechtigt war (dann allerdings einer Wahlpflicht unterlag), galt bei diesen Wahlen eine neue Regelung, bestehend aus einer automatischen Registrierung mit anschließender freiwilliger Stimmabgabe. Dadurch sollte dem Trend einer immer geringeren Beteiligung an den Wahlen entgegen gewirkt werden, wie er zuletzt insbesondere bei den Jugendlichen festgestellt werden konnte. So sorgte die automatische Registrierung dafür, dass bei diesen Wahlen die Zahl der potentiellen Wähler sich schlagartig um 5,3 Millionen auf 13,4 Millionen erhöhte.

Im Vorfeld der Wahlen war man davon ausgegangen, dass aufgrund dieses Effektes die Wahlbeteiligung zwar nicht sehr stark, so doch zumindest leicht ansteigen würde. Dem lag die Berechnung zugrunde, dass ein Teil der vormaligen Wähler zwar bei Wegfall der Wahlpflicht zuhause bleiben könnten, ein weitaus größerer Teil allerdings als neue Erstwähler hinzukommen würde. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Selbst die pessimistischsten Prognosen, die eine Enthaltung von 45 Prozent vorausgesagt hatten, wurden schließlich noch übertroffen. Am Ende lag die Wahlenthaltung bei fast 60 Prozent. Präsident Sebastián Piñera drückte noch in der Wahlnacht deshalb seine Besorgnis aus: „Viele Chilenen haben sich entschieden, nicht ihr Recht und ihre Pflicht, sich an diesen Wahlen zu beteiligen, auszuüben. Dies ist ein Alarmsignal, dass uns nicht unberührt lassen darf.“

Nicht verwunderlich, dass sofort nach den Wahlen Stimmen laut wurden, das Wahlrecht erneut zu ändern. Dagegen appellier-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

WINFRIED JUNG

November 2012

www.kas.de

www.kas.de/chile/

ten andere an die Vernunft mit dem Hinweis, dass auch in entwickelten Ländern die Wahlbeteiligung gerade bei Kommunalwahlen häufig nicht wesentlich höher liege und sie bei Präsidentschafts- und Parlamentswahlen mit Sicherheit ansteigen dürfte. Nicht ganz klar ist, ob die geringe Wahlbeteiligung eher auf Protest oder auf Apathie zurückzuführen ist. Schon seit langem lässt sich in Chile eine zunehmende Politik- und Politikerverdrossenheit beobachten. Ein Beispiel dafür: In den Umfragen lagen die Sympathiewerte der Politiker zuletzt bei unter 20 Prozent. Es wird deshalb zusätzlicher Maßnahmen bedürfen, um eine immer mehr von der Politik enttäuschte Wählerschaft wieder stärker in den demokratischen Prozess einzubinden.

Das chilenische Parteiensystem

Das chilenische Parteiensystem zeichnet sich seit jeher durch eine starke Blockbildung aus. Bei den diesjährigen Kommunalwahlen waren es neun Parteienbündnisse, die sich an den Wahlen beteiligten: Zunächst auf Seiten der Regierung die Liste Coalición, sich zusammensetzend aus der Unión Demócrata Independiente (UDI, Unabhängige Demokratische Union) und der Renovación Nacional (RN, Nationale Erneuerung), sodann zwei Listen der Opposition, hier des Mitte-Links-Bündnisses der Concertación, einmal die Liste Concertación Democrática mit der Partido Demócrata Cristiano (PDC, Christlich-demokratische Partei Chiles) und der Partido Socialista (PS, Sozialistische Partei), des Weiteren die Liste Por un Chile Justo, der sich drei Parteien angeschlossen hatten, nämlich die Partido por la Democracia (PPD, Partei für die Demokratie), die Partido Radical Socialdemocrata (PRSD, Radikal Sozialdemokratische Partei) und die Partido Comunista (PC, Kommunistische Partei)). Schließlich gab es noch weitere sechs Listen: Igualdad por Chile, Regionalistas e Independientes, El Cambio por tí des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Marco Enríquez-Ominami und seiner neuen Partei Partido Progresista (PRO, Progressive Partei) sowie Chile está en otra, Más Humanos mit der Partido Humanista (PH, Humanistische Partei) und dem Movimiento Amplio Social (MAS, Breite

Soziale Bewegung) des aus der Sozialistischen Partei ausgeschiedenen Senators Alejandro Navarro und schließlich noch die Liste Por el Desarrollo del Norte. Daneben kandidierte eine große Zahl von Unabhängigen, einerseits innerhalb der Listen, andererseits außerhalb, wobei bei den Bürgermeisterwahlen diese getrennt ausgewiesen werden, bei den Gemeinderatswahlen jedoch den jeweiligen Parteien in den verschiedenen Listen zugeschlagen werden.

Nach chilenischem Wahlrecht kann bei den Bürgermeisterwahlen jeweils nur ein Kandidat pro Liste in einer Gemeinde aufgestellt werden. Dies macht es im Vorfeld der Wahlen erforderlich, in Verhandlungen mit den anderen Parteien eines Bündnisses den Kandidaten entweder durch Vorwahlen oder auf der Basis von Umfragewerten zu bestimmen. Bei den Parteien der Concertación (Listen Concertación Democrática und Por un Chile Justo) musste dabei ein Konsens gleich unter fünf Parteien hergestellt werden. Hingegen ist es bei den Gemeinderatswahlen den Parteien erlaubt, mehrere Kandidaten aufzustellen. Da hier jede Partei auf sich alleine gestellt ist, wird diese Wahl im Allgemeinen als ein wichtiger Gradmesser für die Stärke der einzelnen Parteien angesehen.

Verhaltener Wahlkampf

Wie schon bei früheren Kommunalwahlen in Chile zu beobachten, bevorzugten die Kandidaten auch dieses Mal wieder einen auf ihre Person zugeschnittenen Wahlkampf und setzten weniger auf einen Austausch von Ideen. Zu den wenigen Ausnahmen gehörte hier der Wahlkampf in Providencia, einem Stadtteil im Großraum von Santiago, wo die unabhängige Kandidatin Josefa Errázuriz mit breiter Unterstützung von Nachbarschaftsvereinen und führenden Vertretern der Studentenbewegung den direkten Kontakt mit den Wählern suchte. Dabei ging es überwiegend um Themen wie Erziehung, Gesundheit oder Sicherheit. Ansonsten sprang der Funke einer intensiven Wahlkampfaus-einandersetzung nur selten auf die Bevölkerung über. Große Kundgebungen fehlten fast ganz, bevorzugt wurde das Gehen von Haus zu Haus, um sich den Bewohnern vor-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

WINFRIED JUNG

November 2012

www.kas.de

www.kas.de/chile/

zustellen und mit ihnen ein kurzes Gespräch zu führen. Wie in anderen Ländern so hat auch inzwischen in Chile die Bedeutung der sozialen Medien im Wahlkampf zugenommen. Einige Kandidaten wussten diese geschickt zu ihrem Vorteil zu nutzen.

Die nationale Politik hatte nur begrenzten Einfluss auf den Wahlkampf. Sie äußerte sich noch am ehesten auf den Plakaten, mit welchen führenden Politikern sich die Kandidaten ablichten ließen. Bei zahlreichen Bewerbern der Concertación war dies die ehemalige Präsidentin Michelle Bachelet, während im Lager der Regierungsparteien Fotos mit dem Minister für öffentliche Bauten, Laurence Golborne, einer der Präsidentschaftskandidaten der Coalición, überwogen. So gut wie gar nicht tauchte dagegen der amtierende Präsident Sebastian Piñera auf den Plakaten auf, dessen Imagewerte zuletzt bei 30 Prozent lagen. Hier fürchteten wohl einige Bewerber, dass sich dies negativ auf ihre Kampagne auswirken könnte. Auch die Namen der politischen Parteien waren kaum anzutreffen. Eine Ausnahme machte hier nur die Renovación Nacional RN.

Das Wahlergebnis

An den Wahlen beteiligten sich insgesamt 5.476.947 Personen (zum Vergleich 2008: 6.806.493). Sie gingen für die beiden Regierungsparteien UDI und RN enttäuschend aus, während die Opposition einigen Grund zum Triumphieren hatte, da sie sowohl die Bürgermeisterwahlen als auch die Gemeinderatswahlen für sich entscheiden konnte. Bei den Bürgermeisterwahlen ging die Coalición auf 37,46 Prozent zurück, während sie 2008 noch 40,66 Prozent erreicht hatte. Insgesamt verlor sie 23 Bürgermeister (sie stellt fortan nur 121 von 345 Bürgermeistern). Schmerzlich war dabei vor allem der Verlust so wichtiger Kommunen wie Santiago, Providencia oder Nuñoa, wo man 12 oder mehr Jahre regiert hatte, aber auch anderer Kommunen im Großraum Santiago wie La Reina, Recoleta oder Independencia. Hinzu kommt der Verlust von Concepción, wo die Christlich-demokratische Partei PDC am Ende siegte. Bei den Wahlen zu den Gemeinderäten musste die Coalición noch

größere Verluste hinnehmen. Hier waren es Einbußen von zehn Prozent (Rückgang von 43,45 Prozent auf 33,02 Prozent). Trotz dieser Rückschläge werden aber auch weiterhin sieben der zehn bevölkerungsreichsten Städte des Landes von Bürgermeistern der Coalición regiert. Dies sind Las Condes, wo der langjährige Bürgermeister Francisco de la Maza mit 74,34 Prozent erneut bestätigt wurde, Viña del Mar, Puente Alto, Temuco, San Bernardo, La Florida und Valparaíso. Hinzu kommen einige Hauptstädte der 15 Regionen des Landes.

Innerhalb des Bündnisses der Regierungsparteien ging die Zahl der Bürgermeister, die die UDI zukünftig stellt, von 58 auf 47 zurück, die der RN von 54 auf 47. Bei den Gemeinderatswahlen tauschten die beiden Parteien die Plätze: Während die liberalkonservative RN 2008 noch auf 16,10 Prozent kam und die konservative UDI auf 15,11 Prozent, war die UDI dieses Mal stärker: 17,24 Prozent gegenüber 15,77 Prozent.

Anders die Situation bei der Concertación. Von nur wenigen Beobachtern vorausgesehen, konnten sich die Parteien dieses Bündnisses bei den Bürgermeisterwahlen um fünf Prozentpunkte verbessern (Anstieg von 38,43 Prozent auf 43,10 Prozent). Auch bei den Gemeinderatswahlen konnten sie kräftig zulegen, und zwar von 44,35 Prozent auf 49,49 Prozent. Allerdings ist dieses Ergebnis nur bedingt zu vergleichen mit dem Abschneiden bei den Kommunalwahlen 2008, da damals die Kommunistische Partei noch nicht Teil der Koalition war. Zukünftig stellt die Concertación 168 Bürgermeister (2008: 147 Bürgermeister). Von großer symbolischer Bedeutung ist dabei vor allem die Eroberung des Rathauses von Santiago, in das die frühere Abgeordnete und Sprecherin der Regierung Bachelet, Carolina Tohá (PPD), einziehen wird. Dieser Wahlausgang ist umso erstaunlicher, als das Bündnis der Concertación in den Umfragen der letzten Monate nie über einen Wert von 20 Prozent hinausgekommen war.

Von den beiden Listen der Mitte-Links-Koalition war am Schluss die Liste der Concertación Democrática (PDC und PS) mit 29,40 Prozent bei den Bürgermeisterwahlen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

WINFRIED JUNG

November 2012

www.kas.de

www.kas.de/chile/

und 27,38 Prozent bei den Gemeinderatswahlen eindeutig überlegen. Dagegen kam die Liste Por un Chile Justo (PPD, PRSD und PC) nur auf 13,69 bzw. 22,10 Prozent. Mit 15,18 Prozent ist die PDC auch weiterhin die stärkste politische Kraft in dieser Koalition, gefolgt von der PS mit 12,25 Prozent, der PPD mit 9,90 Prozent, der PC mit 6,44 Prozent und der PRSD mit 5,71 Prozent. Diese Reihenfolge bestand schon so in 2008, wenn man einmal davon absieht, dass die PC zum damaligen Zeitpunkt noch nicht Teil der Koalition war. War für die PDC der Sieg in Concepción bedeutsam, so war es für die PPD (siehe oben) der Sieg von Carolina Tohá in Santiago und für die Sozialistische Partei die Wahl von Maya Fernandez, einer Enkelin des früheren Präsidenten Salvador Allende, zur Bürgermeisterin der Kommune Nuñoa.

Von den Parteien außerhalb der beiden großen politischen Lager schnitt noch am besten die *Partido Regionalista de los Independientes* (PRI, Regionale Partei der Unabhängigen) ab, die ihren Stimmenanteil bei den Gemeinderatswahlen von 3,68 auf 7,59 steigern konnte. Die PRI, vor einigen Jahren Auffangbecken für Christdemokraten, die sich von der PDC abgewendet hatten, befindet sich zurzeit allerdings in einem Richtungsstreit. Einen erfolgreichen Einstieg konnte die *Partido Progresista* PRO verbuchen, die auf Anhieb auf 4,47 Prozent der Stimmen bei den Gemeinderatswahlen kam und sich in sieben Kommunen durchsetzen konnte, darunter mit 35,6 Prozent in Arica. Die PRO wurde im vergangenen Jahr vom ehemaligen Abgeordneten und Präsidentschaftskandidaten bei den Wahlen des Jahres 2009, Marco Enríquez-Ominami, gegründet, der damals im ersten Wahlgang auf Anhieb auf 20 Prozent der Stimmen kam, allerdings als Dritter nicht mehr zur Stichwahl zugelassen wurde.

Insgesamt entfielen auf die Parteien außerhalb der beiden großen Blöcke mehr als 10 Prozent der Stimmen. Überwiegend gehören sie dem Lager der Opposition an.

Von den Bürgermeistern, die bei diesen Wahlen bereits eine sechste Amtszeit anstrebten, konnten sich neun am Ende

durchsetzen, während drei ausschieden. Schon seit langem gibt es in Chile Bestrebungen, die Amtszeit der Bürgermeister auf zwei bis drei Perioden zu begrenzen.

Bewertung und Ausblick

Infolge der Änderung des Wahlrechts herrschten bei diesen Kommunalwahlen ganz andere Voraussetzungen als bei den vorangegangenen. Hoffnungen, die automatische Registrierung der Wähler verbunden mit einer freiwilligen Stimmabgabe würden die Partizipation stärken, haben sich nicht bestätigt. Hingegen ist die Wahlbeteiligung (41 Prozent bei den Bürgermeisterwahlen und 32 Prozent bei den Gemeinderatswahlen) auf ein historisches Tief gesunken. Viel deutet daraufhin, dass nur der Teil der Bevölkerung zu den Urnen gegangen ist, den die Parteien noch am ehesten mobilisieren können (Mitglieder, Sympathisanten etc.). Zukünftig wird man sehr viel mehr dafür tun müssen, um durch entsprechende Kampagnen die Beteiligung an den Wahlen zu steigern. Dabei drängt die Zeit, denn bis zu den nächsten Wahlen (Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im November 2013) sind es nur noch 12 Monate. Aufgeräumt haben diese Kommunalwahlen mit einem Mythos, dass nämlich von einer freiwilligen Stimmabgabe in erster Linie die konservativ eingestellten Wähler profitieren. Genau die umgekehrte Situation ist eingetreten: In den Kommunen mit den höchsten Einkommen lag die Wahlenthaltung am Ende bei 62 Prozent, wohingegen sie in den ärmeren Gemeinden 43 Prozent betrug.

Für die Administration des Präsidenten Sebastián Piñera waren diese Wahlen der erste große Test nach dem Regierungsantritt im März 2010. Obwohl in erster Linie die Regierungsparteien und nicht die Regierung auf dem Prüfstand standen, trägt auch sie ohne Zweifel einen Teil der Verantwortung an diesem für UDI und RN unbefriedigenden Wahlausgang. Die Kritik, die in diesem Zusammenhang immer wieder geäußert wird, bezieht sich einmal auf den Regierungsstil (zu viel Management und zu wenig Politik), zum anderen auf ein nicht zur Kenntnis nehmen, dass Chile sich in einer Umbruchsituation befindet (siehe die anhaltenden

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

WINFRIED JUNG

November 2012

www.kas.de

www.kas.de/chile/

Studentenproteste, die grundlegende strukturelle Reformen fordern). Sie haben aber auch zu tun mit Arroganz und Überheblichkeit (so gab es im Vorfeld der Wahlen peinliche Diskussionen darüber, wer neben Pablo Zalaquett, dem UDI-Bürgermeister von Santiago und späteren Verlierer der Wahlen, bei der Siegesfeier auf dem Balkon des Rathauses stehen dürfte). Dass man sich in der Regierungskoalition so lange als sicherer Sieger fühlte, hängt im Übrigen auch mit den Umfragen zusammen, die sich im großen Stile irrten.

Das Ziel: Stammwähler zurückgewinnen

Die enttäuschte Stammwählerschaft zurückzugewinnen wird deshalb die kommende Aufgabe der beiden Präsidentschaftskandidaten der Regierungskoalition sein, des Ministers für Öffentliche Bauten, Laurence Golborne (parteilos, von der UDI unterstützt), der sich aktiv in den Wahlkampf eingeschaltet und über 30 Kommunen besucht hat, und des Ministers für Verteidigung, Andrés Allamand (RN), der sich ganz aus dem Wahlkampf herausgehalten hat. Um keine Zeit zu verlieren und um die Nähe zur Bevölkerung zu suchen, plädiert die RN seit geraumer Zeit dafür, dass beide Kandidaten möglichst bald aus der Regierung ausscheiden, während die UDI diesen Wechsel erst möglichst spät, d.h. Ende des Jahres oder – noch besser - erst im März des nächsten Jahres vollziehen möchte. Das letzte Wort hat hier Präsident Piñera, der in den kommenden Tagen sein Kabinett umbilden muss, weil nach chilenischem Recht Minister und Staatssekretäre, die die Absicht haben, sich für ein Parlamentsmandat zu bewerben, ein Jahr vor den Wahlen aus der Exekutive ausscheiden müssen. Piñera dürfte viel daran gelegen sein, nur einmal einen Kabinettswechsel vollziehen zu müssen, um weitere Unruhe in der Regierungskoalition zu vermeiden und stabile Voraussetzungen für die restliche Regierungszeit zu schaffen.

Als Folge der Wahlniederlage werden zunehmend im Lager von UDI und RN Stimmen laut, die hinterfragen, ob es richtig war, so weitreichende Reformen wie die des Wahlrechts oder des Steuersystems vollzogen zu haben, die in der Vergangenheit zu

Spannungen innerhalb der Regierungskoalition geführt haben. Vor diesem Hintergrund hört man immer mehr Forderungen nach einer Rückbesinnung auf die traditionellen Werte, für die das liberal-konservative Lager eintritt. Sollte diese Tendenz anhalten, dürften Bestrebungen wie die Etablierung einer „neuen Rechten“ innerhalb der RN oder die zwischen RN und PDC getroffene Übereinkunft, das politische System des Landes von Grund auf zu reformieren (Ablösung des präsidentiellen Systems durch ein semipräsidentielles, Reform des binominalen Wahlrechts, eine weitergehendere Dezentralisierung), kaum noch Chancen auf eine Verwirklichung haben.

In der Concertación blickt man dagegen optimistisch in die Zukunft. Das Mitte-Links-Lager ist aus diesen Wahlen eindeutig gestärkt hervorgegangen und hat neuen Mut geschöpft, die Regierung Piñera Ende 2013 ablösen zu können. Dabei wird allerdings übersehen, dass die Koalition nach wie vor stark zerstritten ist und insbesondere im Hinblick auf ein zukünftiges Programm für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im kommenden Jahr höchst unterschiedliche Meinungen existieren. Da sind zum einen die drei Parteien der Liste Por un Chile Justo, die in einem vor kurzem vorgestellten Papier, in dem sie u.a. eintreten für Verstaatlichungen, eine weitergehende Steuerreform, für zusätzliche soziale Reformen und insbesondere für eine verfassunggebende Versammlung, auf eine Richtungsänderung (noch weiter nach links) drängen, um auf diese Weise die sozialen Organisationen noch stärker einbinden zu können. Dagegen wehrt sich vor allem die PDC, die nach den Worten ihres Vorsitzenden, Senator Ignacio Walker, für eine Beibehaltung des Mitte-Links-Kurses plädiert. Nur so – so die Meinung von Walker – könnten Teile der politischen Mitte, die sich in der Vergangenheit von der Concertación abgewendet haben, zurückerobert werden.

Ein Streitpunkt in der Koalition ist auch die Beteiligung der Kommunistischen Partei, die sich in vier Kommunen durchgesetzt hat, darunter zwei im Großraum Santiago (in Recoleta und Pedro Aguirre Cerda) und zukünftig 102 Gemeinderäte stellt (2008: 45).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

WINFRIED JUNG

November 2012

www.kas.de

www.kas.de/chile/

Ohne ihre 6,44 Prozent ist das Bündnis der Concertación nicht mehrheitsfähig, was der PC zu einer starken Stellung verhilft und die Partei zu der Forderung veranlasst hat, das bisherige Wahlbündnis möglichst bald in ein Regierungsbündnis umzuwandeln. Nun hat sich die Kommunistische Partei in Chile in den letzten Jahren zu einer durchaus pragmatischen Partei entwickelt, die jedoch nach wie vor ihre Schwierigkeiten hat, wenn es um Menschenrechtsverletzungen in Kuba oder Nordkorea geht. Hinzu kommt, dass eine Kommunistische Partei nach wie vor Wähler der politischen Mitte verschreckt, was insbesondere der PDC große Sorgen bereitet.

Rätsel um den Präsidentschaftskandidaten für die kommenden Wahl

Ungelöst ist weiterhin auch die Frage, wer Präsidentschaftskandidat der Concertación bei den kommenden Wahlen wird. Gespannt wartet die Führung des Bündnisses auf die Entscheidung der ehemaligen Präsidentin Michelle Bachelet, derzeit Vorsitzende der Frauenunion der UNO. Frau Bachelet hat sich aus dem Kommunalwahlkampf völlig herausgehalten, ja sie hat nicht einmal an den Wahlen selbst teilgenommen. Es bleibt deshalb abzuwarten, wann sie ihr hermetisches Schweigen, das nun schon Monate dauert, bricht. Zwar versendet sie von Zeit zu Zeit Grußbotschaften an einzelne Parteien, so z.B. zum letzten Parteitag der PDC, ansonsten hat sie sich jedoch jeder politischen Stellungnahme enthalten. Nach neuesten Prognosen geht man davon aus, dass sie zwischen dem 8. März und 30. April 2013 (Termin der letztmöglichen Einschreibung zur Teilnahme an eventuellen Vorwahlen) zurückkehren wird. Gleichzeitig wird von ihr behauptet, dass sie bis zu ihrer Rückkehr keine großen Programmdiskussionen wünscht. Dies dürfte die anderen Präsidentschaftskandidaten innerhalb der Concertación jedoch nicht davon abhalten, mit ihren Kampagnen fortzufahren. Hierzu zählen bis jetzt der Senator und Präsident der PRSD, José Antonio Gomez, die Senatorin Ximena Rincón PDC, der Bürgermeister Claudio Orrego PDC und der unabhängige frühere Finanzminister von Michelle Bachelet, Andrés Velasco.

Für die christlich-demokratische PDC gibt es einigen Grund zum Jubel. So konnte der Abwärtstrend der letzten Jahre gestoppt werden und die Partei leicht bei den Bürgermeisterwahlen und bei den Gemeinderatswahlen zulegen. Insgesamt setzte sich die PDC in 55 Kommunen durch, darunter in Concepción, wo mit dem 35-jährigen Álvaro Ortiz eine 12-jährige UDI-Herrschaft beendet werden konnte. Gleichzeitig gelang es der Partei, wichtige Kommunen im Großraum Santiago zu halten, wo frühere PDC-Bürgermeister nicht mehr angetreten waren. Dazu gehören die Kommunen Maipú mit Christian Vittori, Peñalolén mit Carolina Leitaó, und La Granja mit Felipe Delpín. Zukünftig werden 2.936.247 Personen von Bürgermeistern der PDC regiert. Damit liegt die Partei an erster Stelle, sogar noch vor der UDI. Mit diesem Ergebnis konnte sie das vor den Wahlen durch den Parteivorsitzenden, Senator Ignacio Walker, vorgegebene Ziel, nämlich eine „Stufe“ nach oben zu klettern, in die Tat umsetzen. Die PDC gehört zusätzlich zu den „effektivsten“ Parteien, was das Verhältnis Kandidaten zur Zahl der gewonnenen Kommunen angeht. 55 ihrer 120 Kandidaten gewannen bei den Bürgermeisterwahlen. Mit 45,83 Prozent liegt sie damit auf dem 4. Platz. Kein Wunder, dass Senator Walker neuerdings erwägt, seine noch vor den Wahlen getroffene Entscheidung, nicht mehr auf dem nächsten Parteitag Mitte November für den Vorsitz zu kandidieren, zu überdenken.